

Hinweis auf besondere Sicherungsmaßnahmen gem. § 9 (5) BBauG

DER BEBAUUNGSPLAN LIEGT MIT SEINEM GANZEN GELTUNGSBEREICH IM WIRKUNGSBEREICH UNTERTÄGIGEN BERGBAUS. VOM OBERBERGAMT WIRD EINE GEGEN BODENBEWEGUNG WENIG EMPFINDLICHE BAUWEISE EMPFOHLEN. (VERGL. STELLUNGNAHME DES OBA V. 8.7.82)

Nachrichtliche Übernahme gem. § 9(6) BBauG

DER GESAMTE PLANUNGSBEREICH LIEGT IN EINEM GRUNDWASSER-GEWINNUNGS-GEbiet, AN DAS DIE ANFORDERUNGEN DER WEITEREN SCHUTZZONE (ZONE III) ZU STELLEN SIND. ES MUSS DAHER IN DIESEM BEREICH EINE EINWANDFREIE, ABSOLUT DICHT VERLEGUNG ALLER ABWASSERLEITUNGEN, DIE NACH DIN 4033 MIT 0,5 BAR ABZUDRÜCKEN SIND, GEFORDERT WERDEN. GRUNDSÄTZLICH DÜRFEN IN DIESEM BEREICH KEINE GRUNDWASSER-SCHÄDIGENDEN STOFFE IN DEN UNTERGRUND ZUR VERSICKERUNG GEBRACHT WERDEN. MASSGEBEND FÜR ALLE BESCHRÄNKUNGEN INNERHALB VON WASSERSCHUTZZONEN SIND DIE RICHTLINIEN DES DVGW- ARBEITS- BLATT W 101 - UND DAS MERKBLATT " BAUTECHNISCHE MASSNAHMEN AN STRASSEN IN WASSERGEWINNUNGS-GEbietEN". BEI DER BEBAUUNG VON FLÄCHEN SOLLTE WEGEN DER FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT NOTWENDIGEN ERNEUERUNG DES GRUNDWASSERS BESONDERS DARAUf GEACHTET WERDEN, DASS MÖGLICHEST WENIG PLANGEBIETSFLÄCHE DERART BEFESTIGT WIRD, DASS EIN VERSICKERN VON OBERFLÄCHENWÄSSERN IN DEN UNTERGRUND NICHT MEHR STATTFINDEN KANN. (VERGL. STELLUNGEN DES LANDESAMTES F. UMWELTSCHUTZ V. 11.6.82)

Begründung zum Bebauungsplan

GEMÄSS § 9(8) BBAUG IST DEM BEBAUUNGSPLAN DIE BEGRÜNDUNGEN IN DER FASSUNG VOM APRIL 1983 UND FEBRUAR 2000 ALS ANLAGE BEIGEFÜGT.

Planungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan

In Ergänzung der Planzeichnung wird aufgrund § 9(1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, ber. am 16. Januar 1988 S. 137) in Verbindung mit der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 127) mit späteren Änderungen und der Anlage zur Planzeichnungsverordnung (Planz V 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58) folgendes festgesetzt:

MI	ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9(1) 1 BBauG + § 1(3) BauNVO) MISCHGEBIET (§ 6 BauNVO)
GE	GEWERBE-GEbiet (§ 8 BauNVO) AUSNAHMEN GEMÄSS § 8(3) 1 BauNVO SIND ZULÄSSIG
GFZ	MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9(1) 1 BBauG + § 16 ff BauNVO) IN DER PLANZEICHNUNG WIRD DAS MASS DER BAULICHEN NUTZUNG FESTGESETZT DUCH: -GESCHOSSFLÄCHENZAHL
GRZ	z.B. 1,6 -GRUNDFLÄCHENZAHL
II	z.B. 0,8 -ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE
O	BAUWEISE (§ 9(1) 2 BBauG + § 22 BauNVO) IN DER PLANZEICHNUNG IST OFFENE BAUWEISE FESTGESETZT
DH	-NUR DOPPELHÄUSER ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN (§ 9(1) 2 BBauG + § 23 BauNVO) IN DER PLANZEICHNUNG SIND DIE ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKS-FLÄCHEN FESTGESETZT DURCH - BAUGRENZEN
	FLÄCHE FÜR DEN GEMEINBEDARF (§ 9(1) 5 BBauG) IN DER PLANZEICHNUNG IST EINE FLÄCHE FÜR GEMEINBEDARF FEST-GESETZT MIT DER ZWECKBESTIMMUNG -FESTPLATZ -
	VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9(1) 11 BBauG) IN DER PLANZEICHNUNG SIND OFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHEN FESTGESETZT
	STRASSEN- BEGRENZUNGSLINIE
	VERSORGUNGSFLÄCHE (§ 9(1) 12 BBauG) IN DER PLANZEICHNUNG IST EINE FLÄCHE FÜR EINE TRAFOSTATION IN GARAGENFORM FESTGESETZT
	MIT LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHE (§ 9(1) 21 BBauG) IN DER PLANZEICHNUNG SIND FLÄCHEN AUSGEWIESEN, DIE MIT EINEM LEITUNGSRECHT BELASTET WERDEN
	FLÄCHE FÜR DAS ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (§ 9(1) 25a BBauG) IN DER PLANZEICHNUNG SIND FLÄCHEN FESTGESETZT, DIE MIT BÄUMEN UND STRÄUCHERN ZU BEPFLANZEN UND ZU UNTERHAL- TEN SIND. GRÜNDE HIERZU LIEGEN IM LANDSCHAFTS- UND IMMISSIONSSCHUTZ.
	ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (§ 9(1) 25b BBauG) DER VORHANDENE BAUM- UND STRAUCHBEWUCHS IM BEREICH DER GEMEINBEDARFSFLÄCHE IST ZU ERHALTEN, SOWEIT ER NICHT DURCH BAUMASSNAHMEN ENTFERNT WERDEN MUSS.

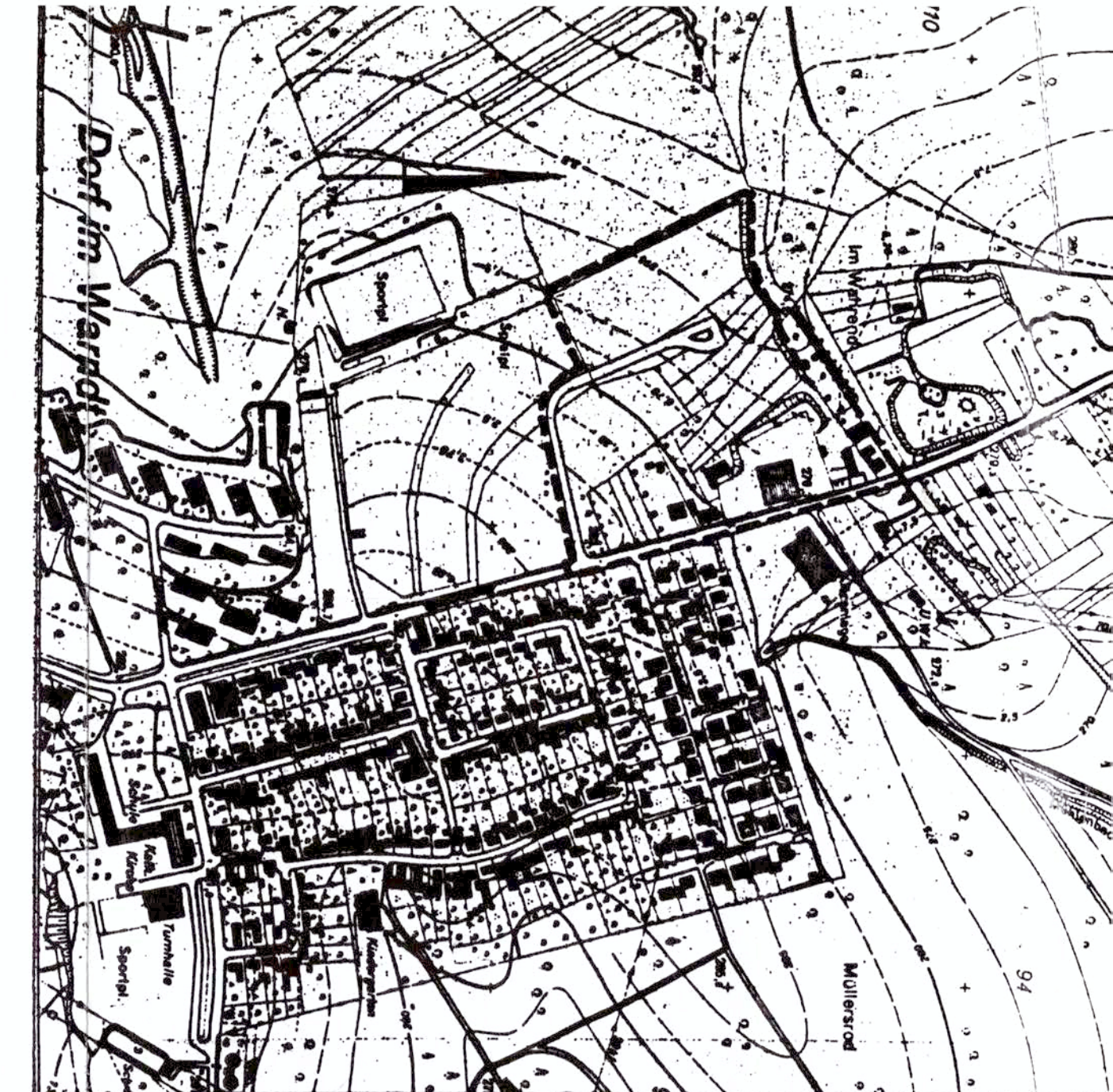
Bauordnungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan

Für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes wird aufgrund § 9(4) Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, ber. Am 16. Januar 1988 S. 137) in Verbindung mit § 93 Bauordnung für das Saarland (LBO) vom 27. März 1996 (Amtsbl. S. 477), zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 1413 zur Änderung der Bauordnung für das Saarland vom 08. Juli 1998 (Amtsbl. S. 721,) eine örtliche Bauvorschrift erlassen:

Die örtliche Bauvorschrift ist in Vorbereitung.

Sonstige Darstellungen

	AUFSCÜTTUNG
	ABGRABUNG
	BÖSCHUNG
	VORHANDENES 10KV KABEL (UNTERIRDISCH)
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANS
	GEPL. ABWASSERKANAL



Übersichtsplan M. 1 : 5000

MIT GENEHMIGUNG DES LANDESVERMESSUNGSAMTES DES SAARLANDES,
KONTROLL-NR: D35/51/1252/78
VERVIELFÄLTIGT DURCH: GEMEINDE GROSSROSSELN

Verfahrensübersicht

Der Gemeinderat der Gemeinde Grossrosseln hat am 22.12.1999 in öffentlicher Sitzung beschlossen, die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1.06 "Nördliche Ziegeleistraße" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 2 Abs. 4 BauGB im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB zu ändern. Der Beschluss wurde am 18.02.2000 ortsüblich bekanntgemacht.

Den von den Planänderungen betroffenen Bürgern und berührten Trägern öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 22.02.00 gemäß § 13 Abs. 2 und 3 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Satzungsbeschluss
Der Gemeinderat der Gemeinde Grossrosseln hat gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit § 12 KSVG in öffentlicher Sitzung am 18.02.2000 die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1.06, "Nördliche Ziegeleistraße" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB als Satzung beschlossen.

Grossrosseln, den 03.02.2000

Der Bürgermeister

(Flohr)



Inkrafttreten der 3. Änderung des Bebauungsplanes

Mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB am 30.06.2000 tritt die Änderung des Bebauungsplanes in Kraft.

Grossrosseln, den 03.02.2000

Der Bürgermeister

(Flohr)



GEMEINDE GROSSROSSELN Ortsteil Dorf im Warndt

Bebauungsplan Nr. 1.06

"Nördliche Zeigeleistrasse"

M 1 : 1000

3. Änderung gem. § 13 BauGB